

# Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung

(vom 16. April 1997)<sup>1</sup>

*Der Regierungsrat beschliesst:*

## I. Allgemeines

§ 1. Die Koordinationstelle beurteilt die Berichte über die Umweltverträglichkeit gemäss Art. 9 Abs. 5 des Umweltschutzgesetzes (USG)<sup>14</sup> und beantragt der für den Entscheid zuständigen Behörde die zu treffenden Massnahmen. Sie führt zu diesem Zweck Mitberichtsverfahren bei den Umweltschutzfachstellen durch und erstellt über das Ergebnis einen zusammenfassenden Schlussbericht. Dabei ist sie nicht an die Mitberichte gebunden und kann eigene Anträge stellen.<sup>21</sup>

Aufgaben der  
Koordinations-  
stelle für  
Umweltschutz  
bei der  
Baudirektion

Bevor die Koordinationstelle das Mitberichtsverfahren bei den Umweltschutzfachstellen einleitet, prüft sie die eingereichten Unterlagen summarisch auf Vollständigkeit. Die einbezogenen Stellen prüfen ohne Verzug, ob ihnen wesentliche Unterlagen fehlen. Die Nachforderung solcher Unterlagen erfolgt über die Koordinationstelle.<sup>21</sup>

Soweit erforderlich, holt die Koordinationstelle die Stellungnahme des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) ein.

Wird der Kanton zu einem UVP-pflichtigen Vorhaben angehört, über das eine Behörde des Bundes entscheidet, nimmt die Koordinationsstelle zuhanden der für die Anhörung zuständigen kantonalen Instanz eine Beurteilung vor.

§ 2. Ist das baurechtliche Verfahren massgeblich, legt die örtliche Baubehörde den Bericht über die Voruntersuchung und das Pflichtenheft sowie die Hauptuntersuchung zusammen mit den erforderlichen Unterlagen über das Vorhaben der Koordinationstelle zur Beurteilung und Antragstellung vor.

Aufgaben der  
Baubehörden

§ 3. Sind die Baubehörden der Städte Zürich und Winterthur für den Entscheid zuständig, erfolgen Beurteilung und Antragstellung gemäss Art. 9 Abs. 5 USG<sup>14</sup> durch die Umweltschutzfachstellen dieser Städte.

Aufgaben der  
Baubehörden  
der Städte  
Zürich und  
Winterthur

## **710.5**      Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Städte orientieren die Baudirektion spätestens gleichzeitig mit der Zustellung ihrer Entscheide an den Gesuchsteller über das Ergebnis der Beurteilung und Prüfung.

Behandlungs-  
fristen

§ 4. Die Umweltschutzfachstellen beurteilen Voruntersuchungen und Pflichtenhefte innerhalb von zwei Monaten, Hauptuntersuchungen innerhalb von drei Monaten nach Einreichung der vollständigen Unterlagen.

Die Koordinationsstelle setzt den ins Mitberichtsverfahren einbezogenen Fachstellen Bearbeitungsfristen; sie stellt eine rasche Abwicklung des Verfahrens sicher.

Massgebliche  
Verfahren

§ 5. Die auf Grund der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV)<sup>15</sup> im kantonalen Recht zu bezeichnenden massgeblichen Verfahren werden im Anhang aufgeführt.

### **II. Besonderes**

Plangenehmi-  
gungsverfahren  
nach Arbeits-  
gesetz

§ 6. Erfordert das Verfahren nach Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz<sup>18</sup> keine Plangenehmigung, ist das baurechtliche Bewilligungsverfahren massgeblich.

Bauten und  
Anlagen  
ausserhalb  
von Bauzonen

§ 7. Liegen Bauten und Anlagen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, ganz oder teilweise ausserhalb von Bauzonen, ist das Ausnahmbewilligungsverfahren der Baudirektion massgeblich. Bei Anlagen gemäss Anhang Ziffern 11.2, 11.3, 13.2, 13.3, 13.4, 21.3, 30.2, 30.3, 30.4, 40.9, 80.1 und 80.2 gilt das dort vorgesehene Verfahren.

Gestaltungs-  
pläne

§ 8. Ist für die Errichtung einer UVP-pflichtigen Anlage ein Gestaltungsplan gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG)<sup>3</sup> erforderlich und kann die Umweltverträglichkeit in diesem Verfahren umfassend geprüft werden, ist das Verfahren zur Festsetzung des Gestaltungsplans massgeblich.

Die Berichte und Unterlagen gemäss § 2 werden den zur Beurteilung und Antragstellung zuständigen Umweltschutzfachstellen rechtzeitig vor der öffentlichen Auflage des Gestaltungsplanentwurfs nach § 7 PBG<sup>3</sup> vorgelegt.

Ist die Umweltverträglichkeitsprüfung im Gestaltungsplanverfahren nicht möglich, entscheidet die zuständige Umweltschutzfachstelle, ob mit dem Entwurf des Gestaltungsplans bereits die Voruntersuchung gemäss Art. 8 UVPV<sup>15</sup> vorzulegen ist.

§ 9. Für die im Anhang unter Ziffern 21.5, 21.6, 22.3, 22.4, 40.3, 40.7, 40.8 und 70 genannten Anlagen mit Standort in den Städten Zürich und Winterthur ist das baurechtliche Verfahren massgeblich.

Sonderregelungen für bestimmte Anlagen

Für die im Anhang unter Ziffern 11.2 und 11.3 aufgeführten Strassen von überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur ist das Projektfestsetzungsverfahren gemäss § 45 des Strassengesetzes massgeblich.

§ 10. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1997 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt werden die Einführungsbestimmungen für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung vom 12. April 1989 aufgehoben.

Inkrafttreten

---

<sup>1</sup> OS 54, 133.

<sup>2</sup> [230.](#)

<sup>3</sup> [700.1.](#)

<sup>4</sup> [700.6.](#)

<sup>5</sup> [711.1.](#)

<sup>6</sup> [711.11.](#)

<sup>7</sup> [722.1.](#)

<sup>8</sup> [724.11.](#)

<sup>9</sup> [747.1.](#)

<sup>10</sup> [910.1.](#)

<sup>11</sup> [921.1.](#)

<sup>12</sup> [SR 721.80.](#)

<sup>13</sup> [SR 747.201.](#)

<sup>14</sup> [SR 814.01.](#)

<sup>15</sup> [SR 814.011.](#)

<sup>16</sup> [SR 814.20.](#)

<sup>17</sup> [SR 814.912.](#)

<sup>18</sup> [SR 822.11.](#)

<sup>19</sup> Im massgeblichen Verfahren ist auch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft anzuhören.

<sup>20</sup> Eingefügt durch RRB vom 7. November 2001 ([OS 56, 817](#)). In Kraft seit 1. Dezember 2001.

<sup>21</sup> Fassung gemäss RRB vom 7. November 2001 ([OS 56, 817](#)). In Kraft seit 1. Dezember 2001.

## Anhang

### Anlagentyp

### Massgebliches Verfahren

- |  |  |
|--|--|
| 11.2 <sup>19</sup> Hauptstrassen, die mit Bundeshilfe ausgebaut werden                                   | Strassenrechtliches Genehmigungsverfahren vor dem Regierungsrat (§ 16 Strassengesetz <sup>7</sup> )  |
| 11.3 Andere Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen   | Strassenrechtliches Genehmigungsverfahren vor dem Regierungsrat (§ 16 Strassengesetz <sup>7</sup> )  |
| 11.4 Parkhäuser und -plätze für mehr als 300 Motorwagen  | Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )   |
| 13.2 Industriehafen mit ortsfesten Lade- und Entladeeinrichtungen  | Wassergesetzliches Konzessions- oder Bewilligungsverfahren vor der Baudirektion (§§ 18, 36 ff. und 75 f. Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> )  |
| 21.3 Bootshafen mit mehr als 100 Bootsplätzen  | Wassergesetzliches Konzessions- oder Bewilligungsverfahren vor der Baudirektion (§§ 18, 36 ff. und 75 f. Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> oder für entsprechende Anlagen an Land § 18 Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> )   |
| 13.4 Schaffung von Wasserstrassen  | 2. Stufe: Bewilligungs- oder Konzessionsverfahren vor dem Regierungsrat (Art. 3 und 8 Binnenschiffahrtsgesetz <sup>13</sup> sowie §§ 3 f. EG zum Binnenschiffahrtsgesetz <sup>9</sup> / §§ 18, 36 ff. Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> )                                       |
| 21.2 <sup>19</sup> Thermische Anlagen zur Energieerzeugung mit einer Feuerleistung von mehr als 100 MWth | Lufthygienische Bewilligung der Baudirektion im baurechtlichen Bewilligungsverfahren, bei Standort in den Städten Zürich und Winterthur im baurechtlichen Bewilligungsverfahren (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> ; Anh. Nr. 1.2.1 BBV I <sup>4</sup> ) |
| 21.3 <sup>19</sup> Speicher- und Laufkraftwerke sowie Pumpspeicherwerke mit mehr als 3 MW                | 2. Stufe: Plangenehmigung gemäss Wasserrechtsgesetz und wassergesetzliches Konzessionsverfahren vor dem Regierungsrat (Art. 21 WRG <sup>12</sup> oder §§ 36 ff. und 65 ff. Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> )  |

- |                    |   |   |
|--------------------|---|---|
| 21.4               | Anlagen zur Nutzung der Erdwärme (einschliesslich der Wärme von Grundwasser) mit mehr als 5 MWth  | Gewässerschutzrechtliches Bewilligungsverfahren vor der Baudirektion (§ 8 EG GSchG <sup>5</sup> )   |
| 21.5               | Gaswerke, Kokereien, Kohle- verflüssigungsanlagen   | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> )   |
| 21.6 <sup>19</sup> | Erdölraffinerien  | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> )   |
| 21.7               | Anlagen zur Gewinnung von Erdöl, Erdgas oder Kohle  | Konzessionsverfahren vor dem Regierungsrat auf Grund des Bergwerkregals (§ 148 EG ZGB <sup>2</sup> )  |
| 22.3               | Lager für Gas-, Brennstoff und Treibstoff, die bei Normal- bedingungen mehr als 50 000 m <sup>3</sup> Gas bzw. 5000 m <sup>3</sup> Flüssigkeit enthalten                      | Brenn- und Treibstofflager: Gewässer- schutzrechtliches Bewilligungsverfah- ren vor der Baudirektion (§ 8 EG GSchG <sup>5</sup> ; § 2, lit. h Verordnung zum EG GSchG <sup>6</sup> )<br>Gaslager: Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 22.4               | Kohlenlager mit mehr als 50 000 m <sup>3</sup> Lagerkapazität   | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> )   |
| 30.1               | Werke zur Regulierung des Wasserstandes oder des Abflusses von natürlichen Seen von mehr als 0,5 km <sup>2</sup> mittlerer Seeoberfläche einschliesslich Betriebsvorschriften | Wassergesetzliches Konzessions-, Bewilligungs- oder Projektgenehmi- gungsverfahren vor dem Regierungsrat oder der Baudirektion (§§ 18, 36 ff. Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> )  |
| 30.2               | Wasserbauliche Massnahmen wie: Verbauungen, Eindäm- mungen, Korrekturen, Geschiebe- und Hochwasser- rückhalteanlagen im Kosten- voranschlag von mehr als 15 Mio. Franken      | Wassergesetzliches Projektgenehmi- gungsverfahren vor dem Regierungsrat (§§ 18 ff. bzw. §§ 36 ff. Wasserwirt- schaftsgesetz <sup>8</sup> )  |
| 30.3               | Schüttungen in Seen von mehr als 10 000 m <sup>3</sup>  | Wassergesetzliches Konzessions- verfahren vor der Baudirektion (§§ 18 ff., 36 ff. und 75 f. Wasserwirt- schaftsgesetz <sup>8</sup> )  |

## 710.5      Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung

30.4	Ausbeutung von Kies, Sand und anderem Material aus Gewässern von mehr als 50 000 m <sup>3</sup> pro Jahr (ohne einmalige Entnahme aus Gründen der Hochwassersicherheit)	Wassergesetzliches Konzessionsverfahren vor der Baudirektion (§§ 36 ff. und 75 ff. Wasserwirtschaftsgesetz <sup>8</sup> )
40.3	Autoshredder-Anlagen	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> )
40.4	Inertstoffdeponien mit einem Deponievolumen von mehr als 500 000 m <sup>3</sup>	Gestaltungsplanfestsetzung der Baudirektion (§ 44 a Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )
40.5	Reaktordeponien	Gestaltungsplanfestsetzung der Baudirektion (§ 44 a Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )
40.6	Reststoffdeponien	Gestaltungsplanfestsetzung der Baudirektion (§ 44 a Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )
40.7	Anlagen zum Sortieren, Behandeln, Verwerten oder Verbrennen von Abfällen mit einer Behandlungskapazität von mehr als 1000 t pro Jahr	Abfallverbrennungsanlagen: Lufthygienische Bewilligung der Baudirektion im baurechtlichen Bewilligungsverfahren mit Ausnahme der Städte Zürich und Winterthur (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> ; BVV Anh. Nr. 1.2.1 <sup>4</sup> ) Anlagen zum Sortieren, Behandeln und Verwerten: Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> )
40.8	Zwischenlager für mehr als 1000 t flüssige oder mehr als 5000 t feste oder schlammförmige Sonderabfälle	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> )
40.9	Abwasserreinigungsanlagen für eine Kapazität von mehr als 20 000 Einwohnergleichwerten	Gewässerschutzrechtliches Bewilligungsverfahren beim Amt für Gewässerschutz und Wasserbau der Baudirektion (Art. 15 GSchG <sup>16</sup> , §§ 8 und 20 EG GSchG <sup>3</sup> )
50.5	300-m-Schiessanlagen mit mehr als 15 Scheiben	Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )

60.2	Pistenanlagen für motorsportliche Veranstaltungen	Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> )
60.3	Skipisten mit Terrainveränderungen von mehr als 2000 m <sup>2</sup> , die nicht im Verfahren über Luftseilbahnen oder Skilifte beurteilt worden sind	Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> )
60.4	Beschneigungsanlagen, sofern die beschneite Fläche über 5 ha beträgt	Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> )
60.5	Sportstadien mit ortsfesten Tribünenanlagen für mehr als 20 000 Zuschauer	Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> )
60.6	Vergnügungsparks mit einer Fläche von mehr als 75 000 m <sup>2</sup> oder für eine Kapazität von mehr als 4000 Besuchern pro Tag	Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> )
60.7	Golfplätze mit 9 und mehr Löchern	Gestaltungsplanverfahren vor der zuständigen Behörde (§§ 83 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> )
70.1 <sup>19)</sup>	Aluminiumhütten	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18)</sup> )
70.2	Stahlwerke	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18)</sup> )
70.3	Buntmetallwerke	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18)</sup> )
70.4	Anlagen zur Aufbereitung und Verhüttung von Schrott und Altmetallen	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18)</sup> )
70.5	Anlagen zur Synthese von chemischen Produkten mit mehr als 5000 m <sup>2</sup> Betriebsfläche oder einer Produktionskapazität von mehr als 1000 t pro Jahr	Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18)</sup> )

## 710.5 Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung

- |       |  |   |
|-------|--|---|
| 70.6  | Anlagen für die Verarbeitung von chemischen Produkten mit mehr als 5000 m <sup>2</sup> Betriebsfläche oder einer Produktionskapazität von mehr als 10 000 t pro Jahr   | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.7  | Chemikalienlager mit einer Lagerkapazität von mehr als 1000 t  | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.8  | Sprengstoff- und Munitionsfabriken   | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.9  | Schlächtereien und fleischverarbeitende Betriebe mit einer Produktionskapazität von mehr als 5000 t im Jahr  | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.10 | Zementfabriken   | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.11 | Glashütten mit einer Produktionskapazität von mehr als 30 000 t im Jahr  | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.12 | Zellstoff-(Zellulose-)Fabriken mit einer Produktionskapazität von mehr als 50 000 t im Jahr  | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.13 | Betriebe zur Gewinnung und Verarbeitung von Asbest und asbesthaltigen Materialien  | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.14 | Spanplattenwerke   | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |
| 70.15 | Weitere Anlagen, deren Rohgasmassenstrom (bei Ausfall der Rauchgasreinigung) im Volllastbetrieb die Emissionsbegrenzungen der Luftreinhalte-Verordnung<br>a) für Stoffe nach Anhang 1 Ziffer 5 um mehr als das 20fache oder<br>b) für andere Stoffe nach Anhang 1 um mehr als das 100fache überschreitet | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18</sup> ) |



- |      |   |  |
|------|---|--|
| 80.1 | Gesamtmeliorationen, d. h. Güterzusammenlegungen von mehr als 400 ha oder mit kulturtechnischen Massnahmen, wie Bewässerungen und Entwässerungen von Kulturland von mehr als 20 ha oder mit Terrainveränderungen von mehr als 5 ha, sowie generelle landwirtschaftliche Gesamterschliessungsprojekte von mehr als 400 ha                              | Projektgenehmigungsverfahren und Staatsbeitragszusicherung durch den Regierungsrat (§§ 86 ff. Landwirtschaftsgesetz <sup>10</sup> )  |
| 80.2 | Generelle Waldzusammenlegungsprojekte und generelle forstliche Erschliessungsprojekte von mehr als 400 ha (gemäss Perimeter der Vorstudie)  | Projektgenehmigungsverfahren und Staatsbeitragszusicherung durch den Regierungsrat (§ 53 a Forstgesetz <sup>11</sup> in Verbindung mit §§ 86 ff. Landwirtschaftsgesetz <sup>10</sup> ) |
| 80.3 | Kies- und Sandgruben. Steinbrüche und andere, nicht der Energiegewinnung dienende Materialentnahmen aus dem Boden mit einem abbaubaren Gesamtvolumen von mehr als 300 000 m <sup>3</sup>  | Gestaltungsplanfestsetzung der Baudirektion nach § 44 a Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup>   |
| 80.4 | Anlagen für die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere mit mehr als<br>– 125 Plätzen für Grossvieh (ausgenommen Alpställe) oder<br>– 100 Plätzen für Mastkälber oder<br>– 75 Plätzen für Mutterschweine oder<br>– 500 Plätzen für Mastschweine oder<br>– 6000 Plätzen für Legehennen oder<br>– 6000 Plätzen für Mastpoulets oder<br>– 1500 Masttruten | Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )   |
| 80.5 | Einkaufszentren mit mehr als 5000 m <sup>2</sup> Verkaufsfläche   | Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3</sup> )   |

## **710.5**      Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung

- |                     |  |   |
|---------------------|--|---|
| 80.6                | Güterumschlagsplätze und Verteilzentren mit mehr als 20 000 m <sup>2</sup> Lagerfläche   | Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> ) |
| 80.7                | Ortsfeste Funkanlagen (nur Sendeeinrichtungen) mit 500 kW oder mehr Senderleistung   | Baurechtliches Bewilligungsverfahren der kommunalen Behörde (§§ 309 ff. und 318 ff. Planungs- und Baugesetz <sup>3)</sup> ) |
| 80.8 <sup>20)</sup> | Betriebe, in denen mit gentechnisch veränderten oder pathogenen Organismen eine Tätigkeit der Klasse 3 oder 4 nach Einschliessungsverordnung vom 25. August 1999 <sup>17)</sup> durchgeführt werden soll | Plangenehmigungsverfahren der Volkswirtschaftsdirektion (Art. 7 und 8 Arbeitsgesetz <sup>18)</sup> )                        |